

Basler Regierung will keine Gratis-Kitaplätze

Der Regierungsrat setzt in seinem Gegenvorschlag zur Kita-Initiative auf günstigere Plätze und bessere Qualität.

Laura Ferrari

27,7 Millionen sollen die Massnahmen des vom Regierungsrat erarbeiteten Gegenvorschlags zur Kita-Initiative «Kinderbetreuung für alle» der SP Basel-Stadt kosten. Zusätzlich zu den rund 40 Millionen Franken, die aktuell bereits für die Subventionen der Kinderbetreuung ausgegeben werden. «Mit unserem Massnahmenpaket soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf ein neues Level gehoben werden», sagt Regierungsrat Conradin Cramer an der Medienkonferenz.

Der Gegenvorschlag beinhaltet zwei Kernelemente: Einerseits sollen die Kitas für alle Familien günstiger werden, andererseits müssen aber auch die Arbeitsbedingungen des Be-

treuungspersonals in den Kitas verbessert werden. Anders als die im Sommer 2020 eingereichte Initiative will der Regierungsrat nicht Gratis-Kitaplätze an zwei Tagen pro Woche anbieten, sondern unter anderem die Elternbeiträge senken.

«Wir wollen nicht Freizeit finanzieren»

Somit sollen Eltern für einen Vollzeitplatz in einer Kindertagesstätte mit Betreuungsbeiträgen nur noch maximal 1600 Franken pro Monat bezahlen. Aktuell belaufen sich die Kosten auf maximal 2599 Franken monatlich. «Die Initiative will die Kita an zwei Tagen pro Woche gratis anbieten, egal ob die Eltern arbeiten oder nicht. Das geht uns zu weit, wir wollen nicht Freizeit finanzieren», sagt

Cramer. Mit dem Ausbau der Elternbeiträge sollen einerseits wenig verdienende Familien entlastet werden, aber auch für gut verdienende Eltern ein Anreiz geschaffen werden, ihre Kinder in einer Kindertagesstätte betreuen zu lassen.

«Bei gut Verdienenden bleibt ein Elternteil oft zu Hause, da die Kosten für eine externe Kinderbetreuung sehr hoch sind. Das wollen wir ändern», sagt Cramer. Tiefere Kosten auch für gut verdienende Eltern stärken den Anreiz, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder das Pensum zu erhöhen. «Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels», sagt Cramer. Ebenfalls soll der Minimalbetrag von 300 Franken auf 150 Franken gesenkt werden und der Ge-

schwisterbeitrag für Familien mit mehreren Kindern wird auf alle Familien ausgedehnt.

Von 54 Millionen auf 125 Millionen Franken

Im letzten Jahr hat der Regierungsrat in einer Schätzung angegeben, die SP-Initiative «Kinderbetreuung für alle» würde rund 54 Millionen Franken kosten. Jetzt ist plötzlich von 125 Millionen Franken die Rede. Dieser viel höhere Betrag sei das Resultat einer genaueren Berechnung, sagt Chantal Müller

27,7

Millionen kostet die Umsetzung des Gegenvorschlags der Regierung.

vom Erziehungsdepartement Basel. Der Betrag von 125 Millionen setzt sich zusammen aus der kostenlosen Kinderbetreuung bis zum Abschluss des Kindergartens und den Qualitätsverbesserungen in den Kitas.

Letztere entsprechen den erarbeiteten Verbesserungen des Gegenvorschlags, unter anderem der Erhöhung des pädagogisch ausgebildeten Fachpersonals. Zudem wird mit einer Zunahme der Belegung von Kitaplätzen um 50 Prozent aufgrund des kostenlosen Angebots gerechnet. Das bedeutet einen Anstieg der Betreuungsquote in Kitas von 44 Prozent auf 66 Prozent. «Wir rechnen auch beim Gegenvorschlag mit einem Anstieg der Belegungen», sagt Cramer. Es werde aber ein anderer Anreiz geschaffen, als wenn

Gratis-Kitaplätze angeboten würden. «Es ist uns ein Anliegen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Qualität der Kitas zu erhöhen», sagt Cramer. Dazu gehört, dass Praktikantinnen und Praktikanten künftig im Betreuungsschlüssel nicht mehr gleich angerechnet werden sollen wie eine voll ausgebildete Fachperson.

Dafür muss das Fachpersonal ausgebaut werden. Dies sei eine grosse Aufgabe, sagt Cramer: «In Basel ist die Situation aber gut. Gerade das Lohnniveau ist in Basel höher als in anderen Kantonen.» Die Entscheidung über die Initiative und den Gegenvorschlag liegt nun beim Grossen Rat. Der Regierungsrat plant die Umsetzung des Massnahmenpakets auf Anfang 2024.